

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 152.

Freitag, 3. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für den 1. Jahrgang 180 Mark, 2. Jahrgang 170 Mark, 3. Jahrgang 160 Mark, 4. Jahrgang 150 Mark, 5. Jahrgang 140 Mark, 6. Jahrgang 130 Mark, 7. Jahrgang 120 Mark, 8. Jahrgang 110 Mark, 9. Jahrgang 100 Mark, 10. Jahrgang 90 Mark, 11. Jahrgang 80 Mark, 12. Jahrgang 70 Mark, 13. Jahrgang 60 Mark, 14. Jahrgang 50 Mark, 15. Jahrgang 40 Mark, 16. Jahrgang 30 Mark, 17. Jahrgang 20 Mark, 18. Jahrgang 10 Mark, 19. Jahrgang 5 Mark, 20. Jahrgang 2 Mark 50 Pfennig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der Misstrauensantrag gegen den Finanzminister Dr. Reinhold abgelehnt.

Der Staatsgerichtshof in Leipzig wird aufgehoben.

### Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 2. Juli.  
Nachdem die Rechnung des Staatsrechnungshofes (Kap. 5) auf das Jahr 1924 für richtig erklärt worden ist, folgt Kap. 21.

#### Sächsische Staatszeitung.

Hierzu erklärt Abg. Schiffmann (Dsp.) namens seiner Partei, daß diese zwar die Entschlüsse bewilligen werde, aber der Ansicht sei, daß die Haltung und Einstellung der Staatszeitung nicht immer der Grundsätzen entspreche, die man von einem Staatsorgan erwarten müsse. — Auch Abg. Henner (Komm.) und Edel (L. Soz.) sind mit der Haltung der Staatszeitung unzufrieden. Ihnen ist es zu reaktionär. — Das Kap. wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Linksozialisten genehmigt.

Es folgt die 2. Beratung über den Antrag Henner (Komm.) und Genossen betr. die

#### Aufhebung des Staatsgerichtshofes

in Leipzig.

Abg. Henner (Komm.) empfiehlt namens des Ausschusses Annahme des Antrages und spricht sich persönlich noch für die Aufhebung aus. — Abg. Gündel (Dsp.): Seine Freunde würden für Aufhebung stimmen, weil der Staatsgerichtshof ein Sondergericht sei, das mit der Idee des Rechtsstaates nicht vereinbar sei. — Abg. Weiske (Soz.) erklärt, seine Partei habe kein Interesse an der weiteren Aufrechterhaltung dieses Gerichtshofes. — Eine ähnliche Erklärung gibt Abg. Edel (L. Soz.) ab. — Der kommunistische Antrag findet hierauf einstimmig Annahme.

#### Deutschnationaler Misstrauensantrag gegen den Finanzminister Dr. Reinhold.

Weiter liegt folgender Antrag der Deutschnationalen vor: Der Landtag wolle beschließen: Der Finanzminister Dr. Reinhold hat nicht das Vertrauen des Landtags.

Abg. Berg (Dsp.) begründet den Antrag. Der Misstrauensantrag richte sich nicht gegen die Person des Finanzministers, sondern einzig und allein gegen das System, das man unter dem Begriffe „Sächsische Staatswirtschaft“ seit längerer Zeit beobachtet könne. Der Sächsische Staat sei jetzt an Unternehmungen beteiligt, die man nicht mehr als gemeinnützig bezeichnen könne und die nicht als im Interesse der Staatsnotwendigkeiten liegend angesehen werden könnten. Aus den Erträgen dieser Staatswerke müßte eigentlich ein jährlicher Gewinn von 15 bis 20 Millionen Mark herausgewirtschaftet werden. Die Privatwirtschaft habe aber das zweifache Vergütungen, diese Werke, die ihnen Konkurrenz machen, mit ihren Steuern zu erhalten. Die Tochtergesellschaft der Sächsl. Werke, die Kohlenhandlungsgesellschaft, liefere die Kohlen nicht etwa billiger, sondern verteuere sie noch durch den großen Verwaltungsapparat. Nach den Kohlen und Baumstoffen würden wahrscheinlich bald auch die Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände an die Preise kommen. Die Maßnahmen des Finanzministers führten direkt in die Sozialisierung hinein. Für eine vernünftige Durchführung des Staatl. Kraftwagenverkehrs hätten seine Freunde vollstes Verständnis, es mißfalle ihnen aber die Art und Weise, in der man diese wichtigsten Verkehrsfragen der ordentlichen Kontrolle des Landtages entziehe. Redner wendet sich besonders gegen die Vergabe größerer Geldmittel, die dies bewilligt worden waren. Man schaffe von vornherein Einrichtungen für Fabrikation, dann sei, wie es bei der Kraftwagenreparaturwerkstätte geschehen sei, mit Hilfe der Gelder der Steuerzahler übergrößen aus, um dann zu sagen, die Anlagen müßten ausgenutzt werden. Durch dieses System würden Privatbetriebe allmählich aufgesaugt. Diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden. Durch die Art der Staats-, Reichs- und Gemeindefinanz werde der Geldbedarf überspannt. Von den Wohlener Werken werde z. B. der Strom sehr billig geliefert, aber den angeschlossenen Gemeinden falle es nicht ein, ihn ebenso billig an die Verbraucher abzugeben. Die Wirtschaft sei mit Grauen erfüllt, wohin die Sozialisten gewisser Stellen, die Großzügigkeit, mit der man öffentliche Gelder verwendet, führen solle. Der Staat solle sich um die eigentlichen Staatsaufgaben kümmern und nicht um Dinge, die die Privatwirtschaft angehen.

#### Finanzminister Dr. Reinhold:

Die unerhörte Hebe, die seit Monaten gegen mich getrieben wird, hat ihre Ursache — ich will nicht kochen, in der Nähe der Parth — sondern in der Parth. (Gelächter.) Keine Beschuldigungen zu den belgischen Neuesten Nachrichten haben in dem Zeichen: „Alle Liebe kostet nicht.“ Die Presse-Angriffe werden mich nicht zermürben, sondern sie bestärken mich in dem Bewußtsein, daß ich trotz aller Opfer, die ich täglich bringe, doch noch länger auf meinem Posten bleiben muß. Ich werde nach wie vor mich mit aller Energie für die Bekämpfung und Durchführung der Staatswirtschaft einsetzen. An dieser meiner Einstellung wird nichts geändert. Der Sächsische Staat hat ganz große Aufgaben im öffentlichen Interesse durchzuführen. Vom Borsdorfer ist nicht ein Fall vorgebracht worden, der beweisen würde, daß der Staat in die Privatwirtschaft eingreife. Wir haben die Staatsbetriebe

wirklich modern eingerichtet. Wenn ein neues Verkehrsmittel aufkommt, hat der Staat die Pflicht, es im Staatsinteresse zu verwenden. Wir werden also vielleicht das Auto in größerem Umfang auch für den Güterverkehr gebrauchen. Der Kern der ganzen Sache ist und bleibt die Einstellung zur Staatswirtschaft als solcher. Ich wundere mich, daß die Deutschnationalen sich so für den Kleinhandel und Kleingewerbe einsetzen, denn gerade die ihnen nahestehenden landwirtschaftlichen Organisationen bekämpfen mit aller Energie Kleinhandel und Gewerbe. Es ist eine maßlose Uebertreibung, wenn man behauptet, daß der Staat die Konkurrenzfähigkeit der Privatwirtschaft vernichte. Von unserer Staatswirtschaft haben wir im Laufe dieses Jahres für 40 bis 60 Millionen Mark Aufträge an die Privatwirtschaft gegeben.

Was in den Staatsbetrieb geht, seien nicht Gelder der Steuerzahler, nicht ein Pfennig sei in die Sächsischen Werke geflossen. Wenn wir jetzt in der Lage sind, Kredite an Handel und Gewerbe zu geben, so verdanken wir es den Staatswerken. In diesem Jahre seien schon 21 bis 22 Millionen Mark Ertrag aus den Staatlichen Betrieben geflossen. Hätten wir diesen Ertrag nicht, dann müßten verschiedene Steuern wesentlich erhöht werden. Wir hoffen es dazu zu bringen, daß wir den großen Anfall der Verzinsung der abgetretenen Staatsbahnen durch Verzinsung der Staatswerke weitemachen. Durch das fortschreitende Befüllen verleihe man dem Volke nur die Freude an den Staatlichen Werken. Ich habe fast das Gefühl, daß Sie (nach rechts) das Misstrauensvotum einbringen, nicht weil die Staatswirtschaft zu schlecht, sondern weil Sie zu gut verwaltet wird. Unsere Staatswirtschaft ist im Augenblick gesund. Wenn es nach Recht und Gerechtigkeit ginge, dann sollte der Landtag den Männern, die in den letzten Jahren unsere Staatswirtschaft durch alle Krisen durchgerettet haben, dankbar sein. Sie (nach rechts) werden an Ihrem Misstrauensantrag keine Freude haben und er wird vielleicht in Ihrer Parteigeschichte ein schwarzes Blatt bilden. (Lebhafter Beifall und Handklatschen in der Mitte.)

Abg. Henner (Komm.) erklärt, seine Partei lehne es ab, den Ausbau der Sächsl. Werke als Grund eines Misstrauensantrages auszunutzen. Sie werde aber dem Antrag wegen der arbeitserfreundlichen Politik des Ministers zustimmen. Abg. Schürig (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratische Fraktion sei mit der großzügigen Entwicklung der Sächsl. Staatswirtschaft voll und ganz einverstanden. Abg. Niehmann (L. Soz.) gibt eine ähnliche Erklärung ab wie die Kommunisten. Abg. Dr. Seifert (Dem.) unterstreicht die Ausführungen des Finanzministers und bezeichnet den Misstrauensantrag als ein Ablenkungsmanöver der Deutschnationalen von ihrer unwürdigen Politik.

Der Misstrauensantrag wurde schließlich von den geschlossenen Koalitionsparteien gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und Linksozialisten abgelehnt.

In der fortgesetzten Beratung werden die Kap. 28, Staatsstraßen, Wege- und Wasserwesen, Domänenverwaltung, 24 Abt. A, Ministerium des Innern und 24 Abt. B, Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, nach kurzer Aussprache gemäß den Einstellungen erledigt. Gegen die Gehälter des Innenministers und des Arbeitsministers stimmen Kommunisten und Linksozialisten. Auch bei Kap. 25, Kreis- und Amtshauptmannschaften und Zweigamt Sayda werden die Einstellungen genehmigt.

Den sozialdemokratischen Antrag auf Einleitung von gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der erwerbsfähigen Schwangeren begründet Frau Abg. Wagner (Soz.). Ein Regierungsvertreter erkennt die große sozialpolitische Bedeutung des Antrages an und erklärt sich bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den Wünschen der Angestellten möglichst nachgegeben werde. Soweit die Staatsregierung in der Lage sei, die Wünsche zu erfüllen, werde es geschehen. Nach zustimmenden Erklärungen von Rednern anderer Parteien geht der Antrag an den Haushaltsausschuß A.

In dem Berichte des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der

#### Beamtenpolitik der Regierung Zeigner

betr. den Ministerialdirektor Dr. v. Hoffg. Dresden, den Ministerialrat i. R. A. Freyherrn v. Weid. Dresden und den Gehl. Reg.-Rat stellvertretenden Kreisamtschefmann a. D. Dr. Rasche, Bauren stellt Abg. Gündel den Antrag zu bewilligen: Die Berechnung der genannten Beamten in den Ruhestand ist nicht gerechtfertigt. Der Ausschußbericht besagt: Dem Ausschuß erscheint es zweifelhaft, ob die Anwendung des § 18 des Gesetzes über die Pflichten der Beamten und Lehrer usw. vom 26. Juli 1923 gerechtfertigt ist. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Gündel mit 40 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Der Antrag Hofmann (Dsp.) und Gen. betr. die Durchführung der Beschlüsse des Bezirkstages wegen Abberufung von Amtshauptleuten wird für erledigt erklärt.

Ein anderer deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der Immunität für solche Abgeordnete, die als Redakteure verantwortlich zeichnen und wegen Preßvergehens strafrechtlich verfolgt werden, findet Ablehnung.

Desgleichen ein Antrag des Abg. Schmidt (Dsp.) u. Gen. wegen Maßnahmen zur Begegnung der Einwanderung unländerer Elemente.

Dagegen wird die Regierung ersucht, unverzüglich der Frage näherzutreten, wie der Einwanderung unländerer Ausländer wirksam zu begegnen ist.

Zwei komm. Anträge betr. das unterm 7. März 1925 gegen die komm. Presse Sachens ausgesprochene Verbot und betr. Ueberfall auf komm. Versammlungsteilnehmer in Leipzig wird abgelehnt.

Zwei komm. bzw. linkssozialdemokratische Anträge beschäftigen sich mit der Verhinderung des Demonstrationszuges der SPD. am 1. Mai ds. Jrs. in Leipzig und dem am 10. Mai ds. auf der Straße zwischen Schönfeld und Stenn erfolgten Zusammenstoß zwischen Teilnehmern des Deutschen Tages und Passanten. Ein Regierungsvertreter leitet die Vorgänge aufmerksam dar und stellt fest, daß die Polizei nichts als ihre Pflicht getan habe.

Endlich wird Kap. 27, Erziehungsanstalten nach den Einstellungen genehmigt und die Regierung ersucht, in den staatlichen Erziehungsanstalten die Präzedenzfälle aufzuheben.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 7. Juli, vorm. 11 Uhr: Staats der Polizei und des Justizministeriums, Wandbereich, Amnestieantrag u. a.

#### Der Haushaltsauschuß A des sächsischen Landtages

Beschäftigt sich gestern mit dem Etatkapitel Arbeitslosen- und Arbeiterschutz, wobei von der Regierung mitgeteilt wurde, daß augenblicklich sich nur noch der 7. oder 8. Teil der früheren Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge befindet, d. h. etwa 15 000. Das Kapitel wurde nach kurzer Aussprache genehmigt ebenso das Kapitel Handel und Gewerbe.

Gegen die Einstellungen der Kapitel Staatsbeitrag für das Reichamt für die Mutterweisse in Leipzig und für die Jahreschau Deutscher Arbeit in Dresden stimmten nur die Kommunisten.

Zum Innigsten lagen Anträge vor, die eine Überkennung eines Teiles der Beamten bezweckten. Diese Anträge wurden gegen die vollparteilichen Antragsteller abgelehnt, dagegen 4 Stimmen der Linken ein neuer Antrag angenommen, durch den einige Änderungen des Kapitels vorgenommen wurden, das im übrigen Annahme fand.

Beim Kapitel Heil- und Pflegeanstalten beantragte Abg. Kösten (Soz.) mehrere Neueinstellungen für Neubauten, die ebenfalls Annahme fanden. Das Kapitel Familienunterstützung wurde nach dem Bericht des Abg. Schminke (Komm.) ohne Aussprache einstimmig verabschiedet.

Mit unwesentlichen Änderungen wurde auch das Kap. Ruhegelder genehmigt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Föhrung einer Wirtschaftsbefehle an alle Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 wurde nach längerer Aussprache zur Weiterberatung bis Freitag zurückgestellt. Es liegen an diesem Punkte bereits mehrere Entschließungsanträge vor.

#### Erhöhung der Militärrenten.

Ein Änderungsentwurf zum Versorgungsgesetz. (Berlin. Dem Reichstag ist der Entwurf eines dritten Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes ausgegangen. Nach dem Entwurf ist beabsichtigt, die Militärrenten allgemein zu erhöhen unter besonderer Berücksichtigung der noch im Erwerbsleben stehenden Beschäftigten und der erwerbsfähigen Witwen (40 v. d. Rate bisher 30 v. d. Rate der Wollrente). Darüber hinaus soll die Verlegung der Altersgrenzen durch Einführung einer Elternbeihilfe eine wesentliche Verbesserung erfahren. Der Empfängerpreis für die vom Bedürfnis abhängige Zulage wird durch günstigere Gestaltung der Einkommengrenzen erweitert werden, und für die Beschäftigten, die 1923 wegen Erwerbslosigkeit ausgedient sind, ist eine einmalige Nachzahlung von 30 Renten-Mark vorgesehn, wenn sie nur ein geringes Einkommen haben.

Auch für frühere Offiziere und Kapitulanten bräutet der Entwurf Verbesserungen, z. B. Erhöhung der Pensionierungszulage für Offiziere und der Zulage zum Witwen- und Hinterbliebenen für ihre Hinterbliebenen, Erhöhung der Renten für Kapitulanten, und günstigere Gestaltung der für sie geltenden Ruhevorschriften.

#### Kommunistenverurteilung in Sofia.

Sofia. (Zuspruch.) In dem Prozeß gegen die Mitglieder des früheren Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, die angeklagt waren, den Aufstand im September 1923 hervorgerufen zu haben, verurteilte das Gericht Sabakow, der 12 Jahren Gefängnis und Kolaroff, Dimitroff und Jufanoff, die sich in Moskau befinden in contumaciam zu gleichen Strafen. Frau Kirjowa, die Wittin des verstorbenen kommunistischen Führers Kirjow, sowie 2 andere Mitglieder des Zentralkomitees wurden freigesprochen.